

Aus 3,6 mach 9 Millionen Euro

Mit den steigenden Baukosten für das neue Rathaus in Freudenberg steigt für die Stadt auch die später zu zahlende Miete.

Wieder einmal bestätigt sich ein ungeschriebenes Gesetz: Öffentliche Bauten werden stets teurer als geplant. Auch die Stadt Freudenberg kann sich diesem Gesetz wohl nicht entziehen.

Hatte man ursprünglich noch mit einer Investitionssumme von rund 3,6 Millionen Euro für das neue Rathaus gerechnet, so hat sich dieser Betrag auf rätselhafte Weise vervielfacht. Offenbar kann man nun von einer Gesamtbausumme von mehr als neun Millionen Euro ausgehen. Monatlich gut 27.000 Euro Miete soll das neue Rathaus jetzt kosten, möglicherweise auch mehr. Diese Zahlen wurden zumindest in der Presse genannt. Die Stadtverwaltung möchte dem Bund der Steuerzahler hierzu allerdings lieber keine Auskunft geben. Auch nach mehrfacher freundlicher Anfrage hüllt man sich in Schweigen. Kein Wunder. Ist doch die Serie der Freudenberger Missgeschicke lang und peinlich.

Pläne von Anfang an umstritten

Seit Sommer 2003 plant die Stadt den Neubau ihres Rathauses. Von Anfang an waren die Pläne umstritten, denn die Stadt Freudenberg ist hochverschuldet, und auch das Finanzierungsmodell bereitete manchen Kommunalpolitikern Bauchschmerzen. Finanziert wurde der Neubau durch ein so genanntes Public-Private-Partnership-Modell (PPP) auf Mietkaufbasis. Hierbei trägt ein Privatinvestor die Baukosten. Die Kommune leaset das Gebäude anschließend über einen Zeitraum von 20 oder 25 Jahren und kauft es dann zu einem Restwert zurück. Was sich zunächst bestechend einfach anhört, ist in der Praxis jedoch ziemlich kompliziert. Insbesondere für die ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker ist es kaum möglich zu beurteilen, ob sich ein solches PPP-Modell



Offene Fragen zur Entwicklung der Kosten beim neuen Rathaus in Freudenberg.
(Foto: Die NRW Nachrichten)

auch wirklich rechnet oder ob nicht ein Kommunalkredit günstiger wäre. Die Freien Wähler (FW) bemängelten damals undurchsichtige Kosten und fehlende Vergleichsberechnungen. Und wie es aussieht, fehlte es den Freudenbergern tatsächlich an soliden Zahlen.

Investitionssumme klein gerechnet

Die Ausschreibung musste nämlich prompt wiederholt werden, weil man die Investitionssumme klein gerechnet hatte. Ein Bewerber, der seine Rechte verletzt sah, klagte vor der Vergabekammer Arnberg. Die Vergabekammer stellte daraufhin klar, dass die Investitionssumme mindestens 7,8 Millionen Euro umfasse. Nach Auffassung der Kammer müssen nämlich sämtliche Leistungen einbezogen werden. Hierzu gehören auch die Finanzierungskosten und sonstige Dienstleistungen wie etwa Instandhaltung und Gebäudewartung. Die Kosten für das neue Rathaus waren also tatsächlich mehr als doppelt so hoch als die Freudenberger Verwaltung seinerzeit der Öff-

fentlichkeit weismachen wollte. Doch ab fünf Millionen Euro muss laut Vergaberecht europaweit ausgeschrieben werden. Daher musste die Ausschreibung wiederholt werden. Die Mehrkosten für den zusätzlichen Aufwand wurden damals mit 70.000 bis 90.000 Euro beziffert.

Ein weiteres Missgeschick folgte. Kaum waren die Verträge mit dem Investor im April 2007 endlich unterschrieben, da berichtete die Presse von weiteren Kostenerhöhungen. Statt der mittlerweile eingeplanten 25.000 Euro pro Monat für das neue Rathaus war jetzt plötzlich die Rede von 27.000 Euro.

Einige Fragen bleiben offen

Die erstaunliche Begründung für den Kostenanstieg: Marktschwankungen und steigende Referenzzinssätze seien verantwortlich, so las man es in der Presse. Ist damit tatsächlich das Ende der Fahnenstange erreicht? Oder müssen die Freudenberger nun mit weiteren Kostensteigerungen rechnen? Diese und andere Fragen werden wohl offen bleiben, denn die

Freudenberger Verwaltung scheint wenig Interesse daran zu haben, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren.

Wie hoch der Preis für das neue Rathaus nun wirklich ist, dringt nur kleckerweise an die Öffentlichkeit.

Presse meldet neue Mehrkosten

Jetzt berichtet die Presse schon wieder über Mehrkosten. Um 95.000 Euro für zusätzliche Ausrüstung auf Wunsch der Mieter Arge und Polizei soll es gehen. Was genau dies für Wünsche sind, wurde zwar nicht im Einzelnen bekanntgegeben. Doch scheinbar wurde auch die Schließanlage der Türen vergessen, wie die Presse zu berichten weiß. Im Sommer soll das neue Rathaus endlich bezugsfertig sein. Man kann nur hoffen, dass bis dahin nicht weitere Pannen geschehen, die die Kosten nochmals in die Höhe treiben. Kä

Kontakt zur Autorin:
kaempfer@steuerzahler-nrw.de